



Berliner Gespräch

Wohlstand und sozialer Friede – sieht Deutschlands Zukunft alt aus?

„Jede Gesellschaft muss immer wieder aufs Neue selbstkritisch sein und bereit zu kämpfen, um Wohlstand und sozialen Frieden zu erhalten.“ In dieser These fasste die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel die Ergebnisse der Diskussion im Rahmen des „Berliner Gesprächs“

als Herausforderung an die Politik und jeden Einzelnen zusammen.

Wie können wir die Weichen so stellen, dass der produktive Kern unserer Gesellschaft wächst und langfristig Wohlstand und sozialen Frieden geschaffen wird? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Berliner

INHALT

Wolfgang Schäuble:
Privilegierte Partnerschaft
ist die bessere Lösung
Seite 5

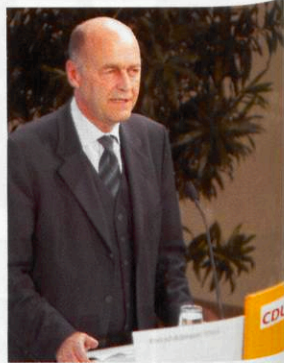
Angela Merkel:
Bericht der Fraktions-
vorsitzenden
Seite 16

Dokumentation
Zwischenbilanz der rot-
grünen Außenpolitik von
Friedbert Pflüger
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Börsengang der Bahn Thema im BFA Strukturpolitik (S. 9) ■ Biotechnologie-Symposium-Ängste gemeinsam überwinden (S. 10) ■ JU Deutschlandtag in Oldenburg (S. 12) ■ Neuer Internetauftritt des EAK (S. 13) ■ Klarer CDU-Sieg bei OB-Wahl in Stuttgart (S. 14) ■ CDU-Kandidat bei OB-Wahl in Flensburg (S. 14) ■ EU-Beitritt der Türkei – UMP gegen Vollmitgliedschaft (S. 15) ■ Ministerpräsident Teufel gibt Ämter auf (S. 15) ■ 4. Regionalkonferenz in Berlin (S. 18) ■ Dietrich Austermann: 2005 droht erneutes Schulden-Desaster (S. 19) ■ Dagmar Wöhrl, Otto Bernhardt: Experten kritisieren Abbau der Mittelstandsförderung (S. 19) ■ Wahlen zum Stellvertretenden Fraktionsvorsitz (S. 20) ■ Hartmut Koschyk: Der rote Scheriff versinkt in Untätigkeit (S. 21) ■ Maria Böhmer: Kinderbetreuung: Mehr, besser – aber bezahlbar (S. 22)

► Gesprächs, zu dem die CDU Deutschlands ins Konrad-Adenauer-Haus geladen hatte. Wie man dieser Herausforderung nicht Herr werde, machte Gabor Steingart, Leiter des „Spiegel“-Hauptstadtbüros und Buchautor, deutlich. In einem provokantem „Vier-Punkte-Programm zur Vernichtung von Arbeit und Wohlstand“, das die Zuhörer wachrüttelte und der aktuellen Politik den Spiegel der Ironie vorhielt, stellte er folgende These auf: Wer Arbeit und Wohlstand einer Volkswirtschaft verhindern wolle, müsse die Geburtenrate drücken, den Arbeitsmarkt eng an den Sozialstaat koppeln, die Ausgaben für Bildung und Forschung reduzieren und jeder Reformdiskussion aus dem Weg gehen. Entlang der Kernpunkte dieser Aussage entwickelte sich eine lebhaftige Diskussion, in deren Verlauf sich die Diskutanten auf die Frage konzentrierten, wie eine Gesellschaft auf die Folgen der Alterung des Gemeinwesens reagieren müsse. Frank Schirrmacher, „FAZ“-Mit-



herausgeber, verwies darauf, dass die Veränderungen nicht nur Deutschland betreffen würden, sondern die westliche Hemisphäre insgesamt.

Verstärkt werde die demographische Entwicklung durch die Generation der Babyboomer, die Ende der 40er bis Mitte der 60er Jahre geboren worden sei und ab 2010 in Rente gehen werde. Diese Alterskohorte habe die Welt, die Politik und die Kultur revolutioniert. Auch wenn es in Deutschland weniger „Boomer“ gebe als in den USA, werde diese alternde Generation dennoch eine neue Kultur hervorbringen, die uns alle prägen werde, prognostizierte

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Schirmmacher. So würden sie die Gesellschaft veranlassen, sich verstärkt mit Gesundheitsfürsorge und Gerontologie zu beschäftigen.

Ob alternde Gesellschaften einer jüngeren zwangsläufig unterlegen sein müssten, wollte Moderator Christoph Keese, Chefredakteur der „Welt am Sonntag“ von den Diskutanten wissen. Zwar sei darauf noch keine abschließende Antwort möglich, sagte Gabor Steingart. Er betonte aber die Probleme, vor denen alternde Gesellschaften stehen. Im Übrigen sei der demographische Wandel kein Naturgesetz, sondern das Produkt einer verfehlten Familienpolitik. Beispielsweise gebe es für 97 Prozent der Kinder bis zu drei Jahren immer noch keine Betreuungsmöglichkeit. Eine zeitnahe Rückkehr von Frauen in den Beruf sei deshalb häufig nicht möglich.

Optimistischer äußerte sich Frank Schirmmacher. Er verwies darauf, dass unser Bild von den Älteren aus dem 19. Jahrhundert herrühre mit „Ohrensessel, Kaminfeuer und Vorratskammern“. Ausdrücklich plädierte er dafür, die alternenden Generationen nicht auszugrenzen, sondern länger in die Wertschöpfungskette mit einzubeziehen. Als Ausweg aus der demographischen Krise



empfohl Steingart nicht nur die Umkehr seines „Vier-Punkte-Programms“, sondern auch einen „Neustart der Entscheidungsmechanismen“ in unserem Land. Die Gesellschaft müsse sich fragen, ob sie so wie heute organisiert noch zukunftsfähig sei. Schirmmacher betonte, die Menschen entwickelten zunehmend ein Gespür dafür, dass ihnen die Zeit davonläuft. Deshalb verlangten sie immer ungeduldiger Antworten von der Politik.

In ihrer Schlussbetrachtung griff die CDU-Vorsitzende Angela Merkel die Kernaussage von Laurenz Meyer auf. Der Generalsekretär der CDU Deutschlands hatte in seinen Begrüßungsworten den demographischen Wandel als „eine der zentralen Herausforderungen an unsere Ge-

sellschaft, von der ganz entscheidend unser künftiger Wohlstand abhängt“, bezeichnet. Wie Frank Schirmmacher und Gabor Steingart stellte auch die CDU-Vorsitzende fest, dass sich das Zeitfenster für den notwendigen Umbau Deutschlands bereits zu schließen beginne. Das Bewusstsein für den Handlungsbedarf sei aber noch nicht in allen Köpfen fest verankert. Es dürfe, so Angela Merkel, keine „fatalistische Stimmung“ in Deutschland entstehen. Vielmehr sei es wichtig, dass die Politik Wege aus der aktuellen Krise aufzeige und die Kräfte, die in unserem Land und den Menschen stecken, freigesetzt würden. Deutschland brauche wieder die „Inspiration“, die zur Erfindung des ersten Autos oder von Aspirin geführt habe.

Rente

Rot-Grün lässt die Rentner im Stich!

Nach Kürzungen in diesem Jahr drohen den Rentnern auch im nächsten Jahr wieder Einbußen. Schuld ist die rot-grüne Bundesregierung, weil sie Rücklagen abgebaut und Einnahmen viel zu optimistisch angegeben hat.

In der Rentenkasse ist wieder ein riesiges Loch! Schon im nächsten Jahr müssen die Rentenversicherer den Bund um einen Vorschuss anpumpen. Die Rentenkassen geraten immer mehr in die direkte Abhängigkeit vom Finanzminister.

Für die Rentner bedeutet das: Entgegen aller rot-grünen Versprechen gibt es im nächsten Jahr wieder eine Nullrunde. Durch die neuen Beiträge für Zahnersatz und Krankengeld, die im nächsten Jahr fällig werden, werden die Renten de facto gekürzt.

Für die Arbeitnehmer bedeutet das: Entgegen aller rot-grünen Ankündigungen wird der Rentenbeitrag von derzeit 19,5% in Zukunft nicht stabil bleiben. Erhöhungen sind nur noch eine Frage der Zeit.

Mit der Taktik „Rente nach Kassenlage“ muss jetzt endlich Schluss sein! Wir brauchen endlich wieder eine verlässliche Rentenpolitik. Die CDU fordert deshalb:

- Die Rentenkassen brauchen ein solides Finanzpolster. Dazu müssen die Schwankungsreserven wieder erhöht werden.
- Die Einnahmen der Rentenkassen müssen ehrlich berechnet werden. Denn die Folgen der rot-grünen Wunschprognosen müssen die Rentner ausbaden.
- Die Beitragszeiten für die Rentenversicherung müssen verlängert und die Frühverrentungen abgebaut werden. Nur so können wir die Rentenkassen dauerhaft entlasten.
- Die Eigenverantwortung muss gestärkt werden. Dazu brauchen vor allem die Jungen verlässliche und ehrliche Aussagen über die künftige Entwicklung. Dazu braucht es eine einfachere Privatvorsorge und mehr Möglichkeiten zur betrieblichen Altersvorsorge.

Wir müssen die gesetzliche Rentenversicherung reformieren. Nur so schaffen wir Sicherheit für die heutigen Rentner und Verlässlichkeit für die junge Generation.

Besser für die Menschen.

CDU

Bundestagsrede von Wolfgang Schäuble

Privilegierte Partnerschaft ist die bessere Lösung

Gegenstand unserer Debatte heute ist nicht in erster Linie die Türkei sondern die Europäische Union, genauer: die Vorstellungen, die wir mit der politischen Einigung Europas verbinden.

Die europäische Einigung befindet sich in einer schwierigen Phase. Das Ringen um die institutionelle Vertiefung, die Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten, der Bruch des beim Start der europäischen Währung gegebenen Stabilitätsversprechens, die tief greifenden Meinungsunterschiede in zentralen außen- und sicherheitspolitischen Fragen – dies alles und vieles mehr hat die Einstellung weiter Teile der Bevölkerung in den meisten Mitgliedstaaten zur europäischen Integration nicht eben gestärkt. Das Gezerre um die Bestätigung der Kommission im Europäischen Parlament in diesen Tagen hat das wohl auch nicht verbessert.

Auf diese Zustimmung aber bleibt das europäische Einigungswerk angewiesen. Wenn die Europäische

Union eine handlungsfähige, politische Einheit werden soll, geht das nicht ohne das Vertrauen der Menschen. Die müssen sich dieser neuen Einheit anvertrauen, und das setzt ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Zugehörigkeit zu Europa voraus. Europäische Identität. Die entsteht aus Gemeinsamkeit in Geschichte und Kultur, auch aus gemeinsamer Verantwortung für die Zukunft in einer Welt der Globalisierung. Wer das vernachlässigt, gefährdet die Vision eines politisch geeinten und handlungsfähigen Europa.

Europa muss die Menschen erreichen

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Huber, hat vor kurzem darauf hingewiesen, dass ein Europa, bei dem die Erweiterung so eindeutig den Vorrang vor der Vertiefung bekommt, bei dem die Frage nach den Verhältnissen von kulturellen

Orientierungen zu politischen Mechanismen nicht mehr gestellt wird, die Menschen nicht erreichen kann.

Große politische und wirtschaftliche Fortschritte in der Türkei

Die Türkei ist seit langem verlässlicher Partner des Westens und mit Europa eng verbunden. Die Mitbürger türkischer Abstammung in unserem Land sind zu einem großen Teil gut integriert, und sie bereichern uns vielfältig. Und die Türkei hat große Fortschritte gemacht, wirtschaftlich und politisch, als demokratischer Rechtsstaat und in der Wahrung der Menschenrechte. Auch wenn, vor allem beim Schutz der Minderheiten, noch nicht alle Probleme gelöst sind, sollten die erreichten Fortschritte und die Ernsthaftigkeit der Bemühungen nicht in Zweifel gezogen werden.

Und zutreffend ist auch, dass die Türkei seit den 60er Jahren nach der Mit-

gliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft strebt und dass solchen Erwartungen auch von Seiten Europas nicht wirklich widersprochen wurde. Aber immer ist auch gesagt worden, dass es keinen Automatismus gebe, dass also die endgültige Entscheidung offen bleibe. Auch jetzt noch werden unterschiedliche Botschaften ausgesandt. In der Türkei wird vermittelt, dass beim Europäischen Rat im Dezember die endgültige Entscheidung falle, auch wenn es bis zum Vollzug noch dauern werde – wenn man nicht schon die Empfehlung der Kommission als die eigentliche Entscheidung ausgegeben hat. Aber genau dieser Kommissionsbericht legt eben auch dar, dass es sich gerade nicht um Beitrittsverhandlungen in der bisherigen Routine handeln kann, dass viele der Fragen offen und Probleme noch nicht gelöst seien und dass das Ergebnis der Verhandlungen offen bleiben müsse.

Klaus Hänsch, Sozialdemokrat und vor wenigen Jahren allseits geschätzter Präsident des Europäischen Parlaments, hat in einem Vortrag Ende August in Schloss Neuhardenberg ausgeführt: „Die Fähigkeit

der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt (...) einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar, hat der Europäische Rat 1993 in Kopenhagen festgelegt. Dieses Kriterium hat 1997 beim Beschluss über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten noch eine Rolle gespielt. Aus den Beschlüssen der Regierungschefs 1999 und 2002 zur Türkei ist es jedoch verschwunden. Das ist ein Fehler. Wir sollten den Fehler nicht fortsetzen, in der Türkei den Eindruck aufrecht zu erhalten, dass die Frage einer EU-Mitgliedschaft nur in der Türkei zu entscheiden sei, als ob es nicht auch auf die Aufnahme-fähigkeit der Europäischen Union selbst entscheidend ankäme.

Privilegierte Partnerschaft findet auch in Frankreich Anklang

Man sollte das auch in Frankreich bedenken. Die französische Bevölkerung äußert sich noch mit viel größerer Mehrheit als die



Wolfgang Schäuble, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

deutsche gegen eine Mitgliedschaft der Türkei, und in der Französischen Nationalversammlung plädieren Regierung wie Opposition für unser Modell einer Privilegierten Partnerschaft. Der Präsident der Republik hat angekündigt, dass er der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zustimmen werde, dass aber am Ende der Verhandlungen eine Volksabstimmung in Frankreich über eine Mitgliedschaft der Türkei entscheiden werde. Ob es für die Türkei wirklich besser sein wird, wenn nach weiteren 10, 15 Jahren ein Verhandlungsergebnis dann plötzlich abgelehnt würde? Wäre dann nicht die Gefahr eines Bruches viel größer, den zu vermeiden im Interesse der Türkei wie im Interesse Europas liegt?

Ich denke, wir schulden der Türkei Offenheit, und diese Offenheit heißt, dass

wir unsere Überzeugung nicht verschweigen, dass eine privilegierte Partnerschaft die richtige Lösung ist. Weil sie die Chance einer politischen Einheit nicht durch Überdehnung der Grenzen gefährdet und weil sie zugleich die enge Verbindung der Türkei mit Europa ermöglicht. Das ist unsere Überzeugung und darüber muss auch verhandelt werden, und nicht nur über den Wunsch der Türkei auf volle Mitgliedschaft.

Europa reicht nicht bis an die Grenzen des Iran oder Irak

Natürlich gehört die Türkei in einem Teil zu Europa, aber zu einem weit aus größeren Teil eben eindeutig nicht. Europa reicht nicht bis an die Grenzen des Iran oder Irak. Keiner von uns würde sich dort in Europa fühlen, und die Menschen in diesem Teil der Türkei glauben selbst auch nicht, in Europa zu sein. Genauso gehört Russland sogar zu einem größeren Teil zu Europa und gewiss auch zur europäischen Geschichte, und dennoch ist eine Europäische Union, die bis Wladiwostok reicht,

als gelingende politische Einheit nicht vorstellbar. Die Antwort, die wir heute für die Türkei finden, muss auch halten, wenn eines Tages Russland einen entsprechenden Wunsch äußern sollte. Und deshalb müssen wir für Staaten, die nur teilweise zu Europa gehören, andere Lösungen einer institutionellen Verbindung mit Europa finden, als die Vollmitgliedschaft.

Eine Brücke in die islamische Welt

Auch das Argument von der Brücke, die die Türkei zwischen Europa und der islamischen Welt bilden soll, spricht für eine privilegierte Partnerschaft. Eine Brücke gehört eben nicht nur zu einem Ufer. Und wer auf die Wirkung der Türkei in der islamischen Welt als Vorbild auf dem Weg zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung von Menschenrechten, Aufbau von Zivilgesellschaften und der gleichen mehr setzen möchte, der sollte einmal überlegen, ob nicht durch eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union solche Wirkung der Türkei in die islamische Welt hinein eher geschwächt als gestärkt würde.

Im Übrigen: all das leistet die Türkei doch im wohlverstandenen eigenen Interesse und eben nicht nur, um sich die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu verdienen. Und das gilt genauso für andere Staaten in der islamischen Welt, die, wenn sie dem Beispiel der Türkei folgen, deshalb ja auch nicht Mitglieder in der Europäischen Union werden können.

Nun wird gesagt, in Zeiten der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus könne die EU aus strategischen Gründen gar nicht groß genug sein. Der Außenminister hat dafür sogar ausdrücklich von seiner Europa-politischen „Humboldt-Rede“ Abstand genommen. Damals war er noch eher gegen eine Mitgliedschaft der Türkei, wie übrigens Herr Verheugen ausdrücklich noch im November 2002.

Wie unsicher der Außenminister in Wahrheit noch immer ist, hat er in einem Gespräch, dass in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7. September wiedergegeben ist, verraten: "Er (Fischer) beteuerte ein weiteres Mal, die Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen sei nicht gleichbedeutend über den Beitritt

selbst. In jedem Falle werde eines Tages eine europaweite Türkei leichter mit der Entscheidung umgehen können, ob ein Beitritt vollzogen werden könne oder nicht."

Überdehnung gefährdet politische Einigung

Dialog der Kulturen und Religionen, Partnerschaft mit den verantwortlichen Kräften in der islamischen Welt, Stärkung multilateraler Entscheidungsstrukturen – all das ist richtig und wichtig, aber das alles kann doch nicht die Einverleibung in Europa zur Voraussetzung haben. Nein, von strategischer Bedeutung in Europa ist das Gelingen der politischen Einigung, und die wird durch eine Überdehnung der Grenzen eher gefährdet als gefördert. Die Entwicklung einer einigen und handlungsfähigen Europäischen Union ist für uns Europäer unser entscheidender Beitrag für mehr Stabilität, mehr Frieden und mehr Entwicklung in dieser enger zusammenwachsenden und vernetzten Welt. Daran hat auch die Türkei ein wohlverstandenes Eigeninteresse. Besser ist die Türkei mit einem



politisch geeinten Europa eng verbunden, als Mitglied in einer politisch handlungsfähigen Europäischen Union. Noch einmal zu Klaus Hänsch: "Wenn die Mitgliedschaft der Türkei mit der Erosion der Union bezahlt würde, wäre das ein zu hoher Preis – übrigens nicht nur für die Union, sondern auch für die Türkei und der darf nicht gezahlt werden."

Wachsen in der Fläche, schrumpfen in der Tiefe?

„Abschied von Europa“ hat Stefan Ulrich in der Süddeutschen Zeitung am Dienstag seinen Leitartikel überschrieben. Die Europäische Union wächst in der Fläche und schrumpft in der Tiefe. Und Egon Bahr schrieb vor kurzem im Spiegel: „Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber

hat recht, wenn er erklärt: Nimmt man die Türkei auf, dann ist das das Ende der Vision von der politischen Union Europas“.

Deshalb stellen wir, wie schon am 2. Dezember 2002 vor dem Kopenhagener Gipfel, heute erneut den Antrag, bei Verhandlungen mit der Türkei sich nicht auf die Frage einer Vollmitgliedschaft zu beschränken, sondern auch die bessere Lösung einer Privilegierten Partnerschaft einzubeziehen. Ein solches wirklich ergebnisoffenes Verhandlungsmandat weißt die Türkei nicht ab, beschädigt sie nicht, bewahrt aber Europa zugleich seine Chance, sich zu einer wirklichen politischen Einheit zu entwickeln. Und darum geht es. Es geht um die Zukunftsfähigkeit Europas, und es geht um die Zustimmung der Menschen zum europäischen Projekt.

Bahn-Börsengang: ein wichtiges Thema

Der Bundesfachausschuss Strukturpolitik der CDU Deutschlands hat sich in seiner jüngsten Sitzung ausführlich mit der Lage der Bahn nach dem verschobenen Börsengang befasst. In einem detaillierten Kurzreferat hat Alexander Hedderich, Leiter Konzernentwicklung der Deutschen Bahn, dem Ausschuss einige Daten zur aktuellen Situation der Bahn AG vorgetragen. Nach konstruktiver Diskussion bekräftigte der Fachausschussvorsitzende, Enak Ferlemann MdB, den interessanten Gedankenaustausch weiterführen zu wollen.

Außerdem hat der Bundesfachausschuss das Arbeitspapier von Peter Harry Carstensen, „Mehr Wachstum durch moderne Infrastruktur“, intensiv beraten. Er trägt dieses Wachstumspapier inhaltlich voll mit und hat



Enak Ferlemann

auf dessen Grundlage das beiliegende Papier „Mehr Wachstum durch moderne Verkehrsinfrastruktur“ sowie als Anreicherung für den CDU-Bundesvorstand zur Erstellung des Leitantes für den kommenden Parteitag konkrete Empfehlungen einstimmig beschlossen. Das Papier steht unter http://www.cdu.de/politik-a-z/bundesfachausschuesse/inhalt_strukturpolitik.htm zum Download bereit.

Des Weiteren hat der Bundesfachausschuss einen Beschluss „Mehr Sicherheit für Rad fahrende Kinder im Straßenverkehr“ einstimmig gefasst, nach dem Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr mit Fahrrädern Gehwege benutzen dürfen sollen.

Der Bundesfachausschuss begrüßt das Urteil des OVG Berlin, das zwei gegen die Stilllegung gerichteten Eilanträgen statt gegeben hat, so dass der Flughafen Tempelhof nicht zum 31. Oktober 2004 geschlossen werden kann. In diesem Zusammenhang hat sich der Ausschuss zudem für die Unterstützung des Antrags „Flugverkehrskonzept für den Großraum Berlin überprüfen – Flughafen Berlin-Tempelhof offen halten“ ausgesprochen, den der Bundestagsabgeordnete Peter Rzepka federführend erstellt hat.

HINTERGRUND: BÖRSENGANG DER BAHN AG

Die Deutsche Bahn hatte zunächst für 2006 den Börsengang angepeilt, diesen dann aber überraschend abgesagt. Der Zeitplan sei angesichts der Rahmenbedingungen „nicht realistisch“. Vor dem Hintergrund der

neuerlichen Preiserhöhungen war von verschiedener Seite Kritik an den Kapitalmarktplänen laut geworden. Weiterhin umstritten ist auch die Position des Bahnvorstands, der das Unternehmen nur unter Ein-

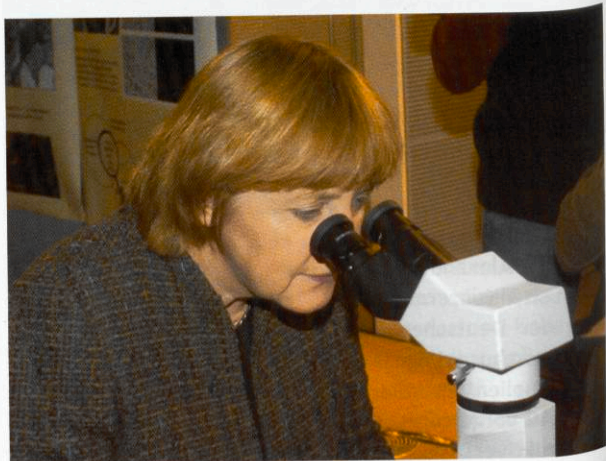
schluss des Schienennetzes als „integrierten Konzern“ an die Börse bringen will. Die Deutsche Bahn will den Zeitplan für den Börsengang nun „neu definieren“. Am Ziel der Kapitalmarktfähigkeit werde festgehalten.

Biotechnologie-Symposium

Ängste gemeinsam überwinden

„Die Biotechnologie ist ein entscheidender Bereich in dem sich zeigen wird, ob Deutschland in Zukunft für seine 80 Millionen Einwohner den Lebensstandard und das Wohlstandsniveau halten kann“, sagte die Fraktionsvorsitzende Angela Merkel anlässlich des Biotechnologie-Symposiums der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin. Sie forderte Wissenschaft und Industrie auf, die Öffentlichkeit besser über die Chancen und Risiken der Biotechnologie zu informieren. „Wir müssen die Ängste der Menschen ernst nehmen und gemeinsam überwinden“, sagte Merkel. Auf Angst könne man kein forschungsfreundliches Klima aufbauen.

Gerade im Bereich der grünen Gentechnik (Pflanzen) drohe Deutschland international den Anschluss zu verlieren. „Wenn wir den Anschluss verlieren, werden andere die Gewinne machen“, betonte die Vorsitzende. Deshalb müssten Wissenschaft, Industrie und Politik gemeinsam dafür eintreten, die einzelnen Forschungsbereiche zu fördern. Neben den entsprechenden Rahmenbedin-



Angela Merkel betrachtet embryonale Stammzellen der Maus

gungen dürfe die Akzeptanz der Bevölkerung nicht aus dem Blick geraten, unterstrich Merkel. Es gelte bei allen Abwägungen immer auch ethische Gesichtspunkte zu berücksichtigen und diesbezüglich Grenzen zu setzen. Hier müsse vor allem die rote Gentechnik (Medizin) in den Blickpunkt rücken. Zugleich appellierte sie an Natur- und Geisteswissenschaftler, an der notwendigen „Aufklärungsarbeit“ mitzuwirken, also „Transparenz und Verständigung nach außen voranzutreiben“. Ansonsten werde Deutschland bald kein „innovationsfreundliches Land“ mehr sein. Konkret forderte die Oppositionsführerin die

rot-grüne Bundesregierung auf, die Biopatent-Richtlinie der Europäischen Union in nationales Recht zu überführen. Außerdem müsse die Koalition ein Gesetz über die Gendiagnostik vorlegen. Über die Frage der Gentests werde es sicher eine kritische Diskussion geben, aber mit diesem ethisch sensiblen Thema werde die Union entsprechend umgehen. Als Zeitzeugen ungeheurer Veränderungen müsse die Gesellschaft die neuen Möglichkeiten erkennen und nutzen. Ausdrücklich kritisierte Angela Merkel, dass Deutschland im Bereich der grünen Gentechnik weltweit zurückgefallen sei. Verant-

wortlich dafür sei allein die „Innovationsblockade“ von Rot-Grün, bekräftigte die Vorsitzende. Teilen der deutschen Wirtschaft bescheinigte Merkel, der Diskussion um die grüne Gentechnik aus dem Weg zu gehen. Wer beispielsweise verkünde, dass die Babynahrung auf jeden Fall ohne Gentechnik zubereitet werde, suggeriere damit, dass „da irgendwo etwas nicht in Ordnung“ sei.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Maria Böhmer, hatte zuvor in ihrer Eröffnungsrede darauf hingewiesen, dass die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seit geraumer Zeit im Austausch mit den führenden Wissenschaftlern in diesem Forschungsfeld stehen. Bereits in der vergangenen Wahlperiode hat die Fraktion im Juni 2001 einen Beirat für Bio- und Gentechnologie

berufen, der seit März 2003 in der laufenden Wahlperiode seine Arbeit fortsetzt.

Die Fraktion hat darüber hinaus in Kongressen und Symposien Foren der Information und des Gesprächs mit der Wissenschaft geboten und so immer wieder die Brücke zwischen Gesellschaft und Politik auf der einen Seite und Forschung und Wissenschaft auf der anderen Seite überzeugend geschlagen.

INNOVATION HEISST ANWENDUNG

Niemand bestreitet mehr, dass Bio- und Gentechnik das 21. Jahrhundert wesentlich beeinflussen werden. Nahezu täglich melden die Forscher neue bahnbrechende Erkenntnisse. So ist zum Beispiel das menschliche Genom gerade zu 99,999 % entschlüsselt. Und damit eine gesicherte Basis, um die Wirkungszusammenhänge im menschlichen Körper immer genauer verstehen zu können.

Aber all diese Forschungen machen nur dann einen Sinn, wenn sie in Anwendungen, Produkte, Medikamente und nicht zuletzt Arbeitsplätze im eigenen Land umgesetzt werden können. Deutschland – in den 80iger Jahren noch Apotheke der

Welt – muss hier dringend aufholen. Zur Zeit ist kein deutsches Unternehmen mehr unter den „Top-Ten“ der Welt zu finden. Zwar werden schon jetzt 106 Medikamente aus gentechnischer Herstellung in Deutschland vertrieben, aber zu wenig Arbeitsplätze sind bisher hier entstanden.

Die Bundesregierung gibt eindeutig zu wenig Unterstützung. Vom neuen Gentechnik-Gesetz, das die gesamte Wissenschaft ebenso wie die Unternehmen ein „Gentechnikverhinderungsgesetz“ nennt, bis zu der seit 1998 dahin dümpelnden Schaffung eines Biopatentrechts reiht sich die Reihe der



Helmut Heiderich

Versäumnisse auf. Weder ist das seit Jahren angekündigte Gendiagnostikgesetz bisher Realität geworden, noch ist die einst mit UMTS – Mitteln gestärkte

Gentechnikforschung massiv zu Leuchttürmen der Biotechnik in Forschung und Arbeitsplätze umgesetzt worden.

Stattdessen hat der Streit zwischen Rot und Grün in der Biotechnik zur Abwanderung von Forschern, Unternehmen und zum Verlust von Zukunftschancen in Deutschland geführt.

Helmut Heiderich ist der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bio- und Gentechnologie.

Deutschlandtag in Oldenburg

Philipp Mißfelder ist mit großer Mehrheit im Amt des Vorsitzenden der Jungen Union bestätigt worden. Die knapp 300 Delegierten des JU-Deutschlandtages in Oldenburg wählten den 25-Jährigen mit 85,9 Prozent der abgegebenen Stimmen erneut an die Spitze der CDU-Nachwuchsorganisation.

Mißfelder erhielt 250 von 291 gültigen Stimmen. 34 Delegierte stimmten gegen ihn, 7 enthielten sich. Mißfelder hatte keinen Gegenkandidaten. Als seine Stellvertreter wurden Johannes Pöttering, André Stolz und Marcus Klein wiedergewählt, neu zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählten die rund 300 Delegierten Nadine Pallas.

Der Vorsitzende der Jungen Union sagte der Parteivorsitzenden Angela Merkel seine Unterstützung zu. Nach einer mit langem Beifall aufgenommenen Rede Merkels sagte Mißfelder: „Sie sehen, die JU steht hinter Ihrem Reformkurs“. Merkel hatte in der Rede ihre Position zur Gesundheitsreform bekräftigt und Geschlossenheit von CDU und CSU angemahnt. Unter großem Beifall warb sie für eine



Philipp Mißfelder, Angela Merkel und Christian Wulff (v. l. n. r.)

privilegierte Partnerschaft zwischen der Türkei und der Europäischen Union.

In der programmatischen Ausrichtung setzt die JU auf mehr Reformen. So hat sie Veränderungen beim Kündigungsschutz sowie die Abschaffung der Bundesagentur für Arbeit gefordert. „In Deutschland werden vor allem deswegen kaum neue Beschäftigte eingestellt, weil es nahezu unmöglich ist, sich bei veränderter wirtschaftlicher Lage wieder von ihnen zu trennen“, heißt es im einstimmig beschlossenen Leitantrag der Nachwuchsorganisation von CDU und CSU. Nach dem Willen der JU soll z.B. die Bundesagentur für Arbeit aufgelöst werden und ihre Dienstleistungen bei kommunalen Agenturen zusammengefasst werden. Die JU forderte auch,

die Wahlperioden für Bundestag und Landesparlamente einheitlich auf fünf Jahre zu verlängern. Damit stehe ein Jahr mehr Zeit zur Verfügung, politische Entscheidungen unbeeinflusst vom Wahlkampf zu treffen. Außerdem soll die Wehrpflicht durch eine allgemeine Dienstpflicht ersetzt werden, die auch beim Zoll oder in der Entwicklungshilfe abgeleistet werden könnte. Notwendig sei der schrittweise Übergang zu einer Freiwilligenarmee aus Berufs- und Zeitsoldaten.

Weitere Informationen zu Wahlergebnissen, verabschiedeten Anträgen sowie Impressionen des Deutschlandtags unter www.junge-union.de

Evangelischer Arbeitskreis

Neues Erscheinungsbild vorgestellt

Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel, und der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer, haben im Rahmen eines Empfangs im Konrad-Adenauer-Haus das neue Erscheinungsbild des EAK präsentiert.

Das neue EAK-Logo und eine Bildmarke sind die Bausteine des überarbeiteten EAK-Erscheinungsbildes, das sich an der CDU-Werbelinie orientiert, die die Partei zu Beginn dieses Jahres vorgestellt hat. Auch der EAK-Internetauftritt unter www.eak-cdcsu.de präsen-

tiert sich in neuem Aussehen. Logos, Bildmarke, Schrift und Farbgestaltung sind der neuen Linie angepasst. Hinzu kommen zahlreiche neue anwenderfreundliche Funktionen, wie ein Suchsystem, eine Download-Möglichkeit und ein vielseitig verwendbares Kontaktformular, die dem Nutzer einen verbesserten Service bieten.

Der Bundesvorsitzende des EAK, Thomas Rachel, zur neuen Werbelinie des EAK: „Dass der EAK mit seiner Arbeit am Puls der Zeit ist, zeigt er nicht nur, indem er sich in aktuelle politische und gesellschaftliche Debatten einmischt und Stellung bezieht,

sondern nunmehr auch durch sein frisches neues Erscheinungsbild. Ich hoffe, dass wir durch unseren neuen Internetauftritt einen noch besseren Service bieten und viele Protestanten für die christdemokratische Arbeit interessieren und gewinnen können.“

Der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer: „Ich freue mich, dass die neue Werbelinie der CDU von unseren Vereinigungen – und insbesondere vom EAK – so gut aufgenommen wird. Ich wünsche dem EAK auch im neuen Gewande für seine wichtige inhaltliche Arbeit weiterhin alles Gute.“

EAK
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Kontakt | Links | Home | Suche

Brücken bauen zwischen Kirche und Politik

Willkommen beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Der EAK ist eine Sonderorganisation der Unionsparteien, der alle evangelischen Mitglieder von CDU und CSU vertritt. Derzeit zählt der EAK über 203 000 Mitglieder.

Der EAK wurde 1952 in Siegen vom damaligen Bundestagspräsidenten, Oberkirchenrat Dr. Hermann Ehlers, gegründet. Ehlers Anliegen war es, die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken.

„Die Idee der Gründungsäter und -mütter des EAK war von Anfang an, dass unsere Partei eine kontinuierliche, christliche, ja evangelische Begleitung ihrer Politik braucht.“
Thomas Rachel, MdB, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Bis heute verfolgt der EAK das Ziel, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die Unionsparteien einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Es ist für den EAK besonders wichtig, für seine Arbeit Menschen zu gewinnen, die in Kirche und Politik zu Hause sind.

Aktuelles

Neuer Internetauftritt des EAK
Seit dem 20. Oktober 2004 hat der EAK einen neuen Internetauftritt.

Hermann-Ehlers-Symposium in Oldenburg
Am 1./2.10.04 veranstaltete der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU gemeinsam mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg und dem Landeskirchenrat Oldenburg der CDU ein Symposium zum Gedenken an den Gründer und ersten Bundesvorsitzenden des EAK.

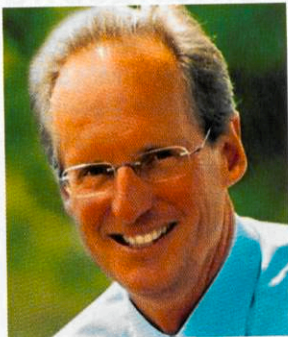
Thomas Rachel, MdB, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Klarer CDU-Sieg bei OB-Wahl in Stuttgart

Bei der Oberbürgermeister-Stichwahl in der baden-württembergischen Hauptstadt Stuttgart wurde Wolfgang Schuster mit einer deutlichen Mehrheit im Amt bestätigt.

Der Amtsinhaber erhielt 53,3 Prozent der Stimmen. Im ersten Durchgang zwei Wochen zuvor hatte der seit acht Jahren amtierende Schuster mit 43,7 Prozent noch die erforderliche absolute Mehrheit verpasst. Im zweiten Wahlgang konnte die SPD-Kandidatin Ute Kumpf Schuster mit 45,2 Prozent nicht gefährden.

„Ich freue mich über den deutlichen Wahlsieg. Dies ist



Wolfgang Schuster

mir Ansporn für die nächsten acht Jahre“, sagte der Verwaltungsjurist. Damit bleibt die baden-württembergische Landeshauptstadt in CDU-Hand. Schuster erklärte, die Stadt sollen nun weiter „in dem Stil, der Stuttgart auszeich-

net“, nach vorn gebracht werden. Er wolle die Stadtgesellschaft nicht spalten, sondern „gemeinsam gestalten“. Nachdenklich stimmte allerdings die schlechte Wahlbeteiligung bei der OB-Wahl: Sie ging nach 46,0 Prozent im ersten Durchgang auf 43,1 Prozent zurück.

Ministerpräsident Erwin Teufel sagte, für die CDU Baden-Württembergs sei Schusters Wahlsieg ein großer Erfolg. Schuster habe eine saubere absolute Mehrheit erreicht. Weitere Parteifreunde werteten das Ergebnis als gutes Signal für die Landtagswahlen in zwei Jahren.

OB-WAHL IN FLENSBURG: KANDIDAT LIEGT VORN

Nicht nur im Süden der Republik, auch in den Kommunen an der Küste gewinnt die CDU immer neue Bastionen hinzu: Klaus Tscheuschner ist es mit Bravour gelungen, die erste Runde der OB-Wahl in Flensburg für sich zu entscheiden.

Mit einem Ergebnis von 44,2 Prozent liegt der CDU-Herausforderer mehr als zehn Prozent vor Amtsinhaber Helmut Trost von der SPD. Das bringt Rückenwind

– auch für die kommende Landtagswahl. „Ich bin stolz auf das Ergebnis und auf mein Team“, kommentierte Tscheuschner den Ausgang des Urnengangs. Die Konzentration auf die Sachthemen sei richtig gewesen und habe die Menschen an der Förde überzeugt. Bis zur Stichwahl am 14. November will der CDU-Politiker die Ärmel hochkrepeln und weiter kämpfen, um die Bürger für die besseren Konzepte seiner Partei zu mobilisieren.

Tscheuschners Chancen stehen gut, denn er kann mit vielen Stimmen von FDP-Wählern rechnen. „Zwischen CDU und FDP gibt es eine große inhaltliche Nähe, zum Beispiel die Konzentration auf das Thema Wirtschaft“, versicherte der CDU-Politiker. Immerhin stimmten 13,8 Prozent der Flensburger für FDP-Kandidat Jörg Petersen, während für die Grünen-Politikerin Regina Jaeger nur 8,4 Prozent der Bürgerinnen und Bürger votierten.

„Das Amt immer als Dienst empfunden“

Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel wird im nächsten Jahr seine Spitzenämter aufgeben.

Teufel kündigte für den 19. April 2005 seinen Rückzug sowohl als Regierungschef als auch als CDU-Landesvorsitzender an. „Ich habe dieses hohe Amt immer als Dienst empfunden und nicht als Pfründe, als Verpflichtung und nicht als Spiel“, sagte Teufel. Der 65-Jährige ist seit 1991 Minis-



Erwin Teufel

terpräsident und Landesvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg. Die CDU-

Vorsitzende Angela Merkel dankte Erwin Teufel für seine Arbeit. Die Entscheidung Teufels verdiene „hohen Respekt“. Erwin Teufel sei einer der erfolgreichsten Ministerpräsidenten in Deutschland, der sein Land weit vorangebracht habe. Teufel sei ein „Landesvater im wahrsten Sinne des Wortes“. Um die Nachfolge Teufels bewerben sich Fraktionschef Günther Oettinger und die Kultusministerin Annette Schavan.

FRANZÖSISCHE REGIERUNGSPARTEI GEGEN MITGLIEDSCHAFT

Auch die französische Regierungspartei UMP hat sich dafür ausgesprochen, der Türkei den Status eines privilegierten Partners Europas zu geben.

Das machte der französischen Wirtschafts- und Finanzminister und designierte Vorsitzende der UMP, Nicolas Sarkozy, in einem Gespräch mit der Partei- und Fraktionsvorsitzenden Angela Merkel deutlich. Sarkozy, der Ende November zum Vorsitzenden der UMP gewählt werden soll, hat durchgesetzt, dass die Franzosen in einem Referendum zum EU-Beitritt der Türkei befragt werden. Auf diese

Weise will die UMP verhindern, dass die Franzosen ihre Sorge vor einem Türkei-Beitritt bei der Volksbefragung über den europäischen Verfassungsentwurf zum Ausdruck bringen, die für den Herbst 2005 geplant ist. Um den Türken nicht das Gefühl einer Zurückweisung zu vermitteln, sollen sie als privilegierte Partner – so wie es das Konzept von CDU und CSU vorsieht – eng an die EU gebunden werden, ohne dass die Türkei Vollmitglied wird. Bereits während der Wahlen zum Europäischen Parlament hatte Sarkozy die UMP vom Kurs des Staatspräsidenten Jacques Chirac abge-



Angela Merkel und Nicolas Sarkozy

bracht, der am 17. Dezember im Rat der Europäischen Staats- und Regierungschefs für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei votieren will. Sarkozy hatte den Wählern versprochen, dass die UMP-Abgeordneten im Europäischen Parlament gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stimmen würden.

Die politische Lage in Deutschland

Aus dem Bericht der Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Regierungs- politik dümpelt vor sich hin

Standen in der letzten Woche die ernüchternde Einschätzung des Aufschwungs, die mageren Beschäftigungsaussichten und die scharfe Kritik an der Finanzpolitik durch das Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute im Vordergrund, folgt nun die Reaktion der Bundesregierung:

■ Der Bundeswirtschaftsminister geht in der offiziellen Konjunkturprognose für 2005 erneut an den oberen Rand der Schätzungen (1,7%) und versucht, auf überzogenen Optimismus zu machen. Dabei würde selbst sein Wunschergebnis weder den Arbeitsmarkt noch die Staatsfinanzen bessern, wie am gegenwärtigen Zustand (sinkende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und steigende Staatsschuld bei 1,8% Wachstum) für jedermann erkennbar ist.

■ Der Finanzminister nimmt es unwidersprochen hin, dass rot-grüne Abgeordnete schon jetzt offen die Einhaltung der Maastricht-Kriterien



Angela Merkel

en für 2005 in Zweifel ziehen. Wegen Hartz-IV (2,2 Mrd. Euro), der gesunkenen Konjunkturprognose (4–5 Mrd. Euro) und schweren Bedenken gegen die geplante Übertragung des ERP-Vermögens an die KfW (2 Mrd. Euro) tun sich für 2005 neue Haushaltslöcher auf.

■ Typisch sind die Buchungstricks, über die Minister Eichel als Ausweg nachdenkt: Der Post und Telekom abgekaufte Pensionsverpflichtungen sollen eine kurzfristige Entlastung bringen, allerdings um den Preis einer langfristig gesteigerten Verschuldung. Unabhängig von der tatsächlichen Realisierung sind dies genau die Art von Meldungen, die Verbraucher wie Investoren kein Vertrauen in die Bundespolitik fassen lassen.

■ Zu den Meldungen, dass die Gelder in den Rentenkassen im September unter die gesetzliche Schwankungsreserve von 20% einer Monatsausgabe (6 Tage) gesunken sind, wird geschwiegen. Auf die Nachrichten, dass die Krankenkassen entgegen den Versprechungen der Bundesregierung finanziell zu klamm bleiben, um mittelfristig Stabilität oder gar Beitragserkungen zu garantieren, reagiert die Gesundheitsministerin mit Beschwichtigungsformeln.

■ Und Bundeskanzler Schröder ist völlig abgetaucht, statt den Menschen, die sich vor einem Opel- oder Karstadt-Schicksal fürchten, eine Antwort darauf zu geben, wann und wie es endlich besser wird.

Dies sind alles andere als adäquate Antworten auf die Herausforderungen, vor denen Deutschland steht. Es muss immer wieder daran erinnert werden: Die viereinhalb Millionen Arbeitslosen in Deutschland sind nach sechs Jahren Rot-grün zu allererst die Arbeitslosen von Herrn Schröder.

Jetzt wäre eigentlich der Zeitpunkt, an dem eine ver-

verantwortliche Bundesregierung die Menschen auf die ohne Zweifel noch ausstehenden Veränderungen vorbereiten müsste. Es wäre die Zeit, in der die Bundesregierung die Grundsatzfrage anspricht, wie Sicherheit in einer sich wandelnden Welt zu schaffen ist, statt alle Fehlentwicklungen den Managementfehlern von Unternehmen in die Schuhe zu schieben. Es müsste die Frage beantwortet werden, warum das Ergebnis der rot-grünen Politik bisher darin besteht, den Menschen Zuversicht und Vertrauen zu nehmen – und warum es nicht gelingt, ihre individuellen Kräfte zu mobilisieren, das Verantwortungsgefühl für die Angelegenheiten des ganzen Landes zu stärken und einen gemeinsamen Willen dahingehend zu schaffen, dass das Land sich mit der Position als

europäisches Schlusslicht nicht länger abfinden will.

Die klaren Alternativen der Union

In den kommenden Wochen kommt es für uns darauf an, der Bundesregierung diese Fragen vorzuhalten. Kritik können wir mit konstruktiven Alternativen verbinden. Die Union tritt ein für:

- betriebliche Bündnisse für Arbeit, eine Reform der aktiven Arbeitsmarktpolitik und einen modernen, zeitgemäßen Kündigungsschutz;
- eine große Steuerreform, mit der Deutschland in Kürze einen großen Sprung bei Entlastung, Transparenz und Wettbewerbsfähigkeit nach vorne tun könnte;
- die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und das Einfrieren des

abgesenkten Arbeitgeberanteils in der GKV mit dem Ziel niedrigerer Lohnnebenkosten;

- die Vereinfachung der staatlich geförderten Altersvorsorge, um die drohenden Versorgungslücken zu schließen;

- einen Kinderbonus in Pflege und Rente, mit dem wir die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu mehr Generationengerechtigkeit in den Sozialversicherungen konsequent umsetzen.

- consequentes Handeln zur Stärkung der Inneren Sicherheit – u.a. durch schnelles Ausweisen von Hass-Predigern und Top-Gefährdern, besseren Überwachungsmöglichkeiten zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und eine wirksame Kronzeugenregelung.

ERINNERN VERBOTEN

Rot-grüne Erinnerungskultur: Zwei Bundestagsausschüsse haben den Verbleib der Fototafeln zum DDR-Volksaufstand an der Fassade des Bundesfinanzministeriums in Berlin abgelehnt. Sowohl der Kultur- als auch der Innenausschuss stimmten gegen einen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in dem der Erhalt der Er-

innerungstafeln gefordert wurde. Das Berliner Landgericht hatte die „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ auf Antrag des Finanzministeriums verpflichtet, die Erinnerungstafeln wegen des Denkmalschutzes abzumontieren. Sie durften anlässlich des 50. Jahrestages des Aufstandes vom 17. Juni 1953 befristet angebracht werden. Der Ver-

ein sträubt sich trotz des Urteils gegen die Entfernung. Vor dem Gebäude des früheren Hauses der Ministerien der DDR unweit des Potsdamer Platzes hatten sich am 17. Juni 1953 tausende Demonstranten gegen die Regierung unter Walter Ulbricht versammelt. Der Aufstand wurde mit sowjetischen Panzern niedergewalzt.

Leitantrag Wachstum-Arbeit-Wohlstand

4. Regionalkonferenz in Berlin

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat in der vierten von insgesamt sieben Regionalkonferenzen mit Mitgliedern der Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin den Leitantrag an den Düsseldorfer Parteitag „Wachstum, Arbeit, Wohlstand“ diskutiert.

In einer engagierten Rede vor rund 1000 CDU-Anhängern im Berliner Congress Centrum machte Merkel deutlich, dass die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, der Arbeitsplätze und auch des Wohlstandes in Deutschland ganz entscheidend davon abhängen, ob es Deutschland gelingt, wieder mehr Wachstum zu ermöglichen.

Außerdem müsse man den Bürgerinnen und Bürgern besser erklären, warum und welche Reformmaßnahmen notwendig sind. Man müsse genau sagen, was bleibt, aber gleichzeitig deutlich machen, was sich ändern muss, damit Deutschland auch in Zukunft bestehen kann.

Merkel erläuterte außerdem die Pläne des Parteivorstandes für weitere Reformen auf dem Arbeitsmarkt.

► Wachstum ► Arbeit ► Wohlstand
Regionalkonferenz der CDU Deutschlands

CDU

Die CDU-Spitze will unter anderem den Kündigungsschutz bei Neueinstellungen lockern, um so mehr neue Beschäftigung zu ermöglichen. Sie könne sich nicht damit abfinden, dass das Pro-Kopf-Einkommen hierzulande dramatisch sinke, Spitzenforscher Deutschland verlassen und Menschen über 50 keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt hätten. „Es wäre herzlos, wenn wir uns damit abfinden würden“, bekräftigte Merkel.

In der Diskussion über die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen in Ost und West riet Merkel dem Westen auch zur Übernahme von Erfahrungen aus dem Osten. Als Beispiel nannte sie das Abitur nach zwölf Jahren.

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer verwies auf

das immer schlechtere Abschneiden Deutschlands im internationalen Vergleich. Ein Indiz für die übermäßige Belastung des Faktors Arbeit sei die Schwarzarbeit. Sie sei auf heute 17 Prozent des Bruttosozialprodukts gestiegen. In diesem Zusammenhang betonte der Generalsekretär, dass die Einführung eines Gesundheitsprämien-systems in der Krankenversicherung die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten entkople. Es sei auch ein Beitrag zur Senkung der Schwarzarbeit, wenn reguläre Arbeit weniger mit Abgaben belastet wird.

Den Leitantrag Wachstum-Arbeit-Wohlstand finden Sie unter www.cdu.de

2005 droht erneutes Schuldendesaster

Zur Wachstumsprognose von Bundeswirtschaftsminister Clement:

Inzwischen hat sich die Bundesregierung mit ihren Prognosen über das Wirtschaftswachstum dem „mainstream“ angenähert. Clements Prognose für das kommende Jahr liegt mit 1,5 bis 1,7% nahe bei der Prognose des jüngsten Herbstgutachtens. Doch finanz- und haushaltspolitisch kann dies keine Entwarnung bedeuten. Der Haushalt 2004 ist das beste Beispiel dafür. In diesem Jahr wird sich die Wachstumsprognose der Bundesregierung von rd. 1,8% voraussichtlich bestätigen. Dennoch liegt sie mit ihrer Budgetplanung weiter von der Realität entfernt als je zuvor: Mit einer Rekordverschuldung von weit über 40 Mrd. € läuft der Haushalt total aus dem Ruder; das Defizit im Bundeshaushalt liegt ca. 20 Mrd. € über der verfassungsmäßig zulässigen Grenze und das Maastricht-Kriterium von 3% wird erneut massiv verletzt.

Die Bundesregierung muss endlich zu einer realistischen Budgetplanung zurückkehren. Es reicht nicht, eine der Wirklichkeit angenäherte Wachstumspro-



Dietrich Austermann

gnose aufzustellen, sondern es müssen konkrete Anpassungen bei den Einnahmen und den Ausgaben vorgenommen werden. Allein bei den Steuereinnahmen muss der Bundeshaushalt 2004 ein Minus von über 10 Mrd. € verkraften, was sich als Basisefekt in das nächste Jahr schiebt. Da die Wirtschaftsforschungsinstitute von einer nur minimal sinkenden Arbeitslosenzahl für das kommende Jahr ausgehen, muss die Regierung auch beim Arbeitsmarkt endlich zu einer der Wirklichkeit entsprechenden Veranschlagung der Ausgaben kommen.

Der Bundesfinanzminister muss spätestens nach der Steuerschätzung Anfang November den Haushaltsentwurf 2005 massiv korrigieren und endlich eingestehen, dass auch im kommenden Jahr der Haushalt weder den Vorgaben der Verfassung entspricht noch dazu bei-

trägt, dass Deutschland 2005 das 3%-Maastricht-Kriterium einhalten wird.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktionssprecher.

Experten kritisieren Abbau der Mittelstandsförderung

Anlässlich der öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages am Montag, den 25. Oktober 2004, zur Zerschlagung der ehemaligen Marshall-Aufbaugelder (ERP-Sondervermögen) zur Haushaltssanierung des Bundes:

Die Expertenanhörung war eine schallende Watsche für die Bundesregierung. Einstimmig haben der Bundesrechnungshof, Verfassungsrechtler und die Wirtschaftsverbänden Plänen der Bundesregierung, von den 12,7 Mrd. Euro des ERP-SV 2 Mrd. Euro in den Haushalt zur Schuldentilgung einzustellen und das verbleibende Vermögen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau verwalten zu lassen, eine deutliche Absage erteilt.

Die Bundesregierung tritt mit ihrem Entwurf nicht nur deutsches Recht mit Füßen, sondern verstößt auch gegen deutsch-amerikanische Ab-

kommen zur Wirtschaftsförderung. Das internationale Abkommen zur Verwendung der Marshall-Gelder sieht ausdrücklich keine Schuldentilgung – wie jetzt von der Bundesregierung geplant –, sondern ausschließlich Wirtschaftsförderung und die Pflege der transatlantischen Beziehungen vor. Das Substanz-erhaltungsgebot des ERP-SV ist explizit im Abkommen mit den USA von 1949 festgeschrieben. Ein Verstoß würde die ohnehin strapazierten transatlantischen Beziehungen weiter schwächen.

Wenn Rot-Grün daher die Zerschlagungs-Pläne – angesichts der klaren Aussagen dieser Expertenanhörung – auch in Zukunft uneingeschränkt weiterverfolgt, be-

findet sich die Bundesregierung geradewegs auf dem Weg in die Bananenrepublik. Gleichzeitig geht der mittelständischen Wirtschaft dringend benötigtes Geld für Fördermaßnahmen in beträchtlichem Umfang verloren.

Hinzu kommt, dass durch die von Rot-Grün geforderte Übertragung der Marshall-Gelder an die KfW erhebliche Demokratiedefizite einhergehen. Rot-Grün plant, die Einflußmöglichkeiten durch den Deutschen Bundestag auf das ERP-SV auszuschalten. Geht es nach dem Willen der Bundesregierung, werden die Marshall-Gelder, die



Dagmar Wöhrl



Otto Bernhardt

wesentlich zum Wiederaufbau der Bundesrepublik beigetragen haben, dem Parlament künftig dauerhaft entzogen. Bislang entscheidet der Deutsche Bundestag über den Einsatz und die Verwendung des Marshall-Fonds. Der Verfassungsrechtler Prof. Waldhoff sprach während der Anhörung in diesem Zusammenhang zutreffend von der „Entdemokratisierung des Vermögens“.

WAHLEN ZUM STELLVERTRETENDEN FRAKTIONS-VORSITZ

Meister und Pofalla zu Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt

Die CDU-Abgeordneten aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben in der vergangenen Woche Michael Meister und Ronald Pofalla zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Beide treten damit die Nachfolge des Wirtschafts- und Finanzexperten Friedrich Merz an, der seinen Rücktritt angekündigt hatte. Meister übernimmt dann als Stellvertreter

der Fraktionsvorsitzenden Angela Merkel die Bereiche Finanzen und Haushalt, Pofalla wird für die Wirtschaftsthemen zuständig sein. Gewählt wurden Meister und Pofalla ausschließlich von den CDU-Mitgliedern der Fraktion.

Der 43-jährige Meister war bisher Vorsitzender der Fraktions-Arbeitsgruppe Finanzen und damit finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Er ist studierter Mathematiker und vertritt

die CDU seit 1994 im Bundestag. Der Diplom Sozialpädagoge und Jurist Pofalla ist seit 2002 als Justiziar der Fraktion tätig. Der 45-jährige gehört seit 1990 dem Parlament an.

Zum neuen Justiziar wurde mit 142 Stimmen der CDU-Politiker Peter Altmaier gewählt. Nachfolger Meisters als finanzpolitischer Sprecher wurde der CDU-Abgeordnete Heinz Seiffert. Er wurde von der Gesamtfraktion mit 211 Stimmen gewählt.

Wir halten die Regierungspläne daher für verfassungsrechtlich unseriös und wirtschaftsfeindlich. Anstatt gutes Geld der Wirtschaftsförderung zu entziehen und in den unsoliden Bundesetat zu stecken, muss vielmehr die Mittelstandsförderung weiter gestärkt werden – so wie es das geltende Recht vorsieht.

Denn klar ist: Wir können uns nicht aus der Krise herausparen, sondern müssen aus der Krise herauswachsen. Hierfür sind bessere Rahmenbedingungen insbesondere in der Mittelstandsförderung unerlässlich. Wenn eine effizientere Verwaltung und ein wirksamer Einsatz der Marshall-Gelder daher möglich sind, dann müssen diese Effizienzgewinne dem Mittelstand zugute kommen.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb mit Nachdruck auf, alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Mittelstandsförderung zu prüfen und diese für mehr Wachstum einzusetzen. Die Pläne zur Zerschlagung des ERP-Sondervermögens sind dagegen umgehend zurückzuziehen.

Dagmar G. Wöhrl ist die wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin, **Otto Bernhardt** ist der zuständige Berichterstatter im Finanzaus-

schuss des Bundestages und Mitglied im ERP-Unterausschuss.

Der rote Sheriff versinkt in Untätigkeit

Zu Berichten über die Erschleichung von Aufenthaltsrechten durch Scheinvaterschaften, die zunehmende Bedrohung durch die Verbindung von Islamisten mit Kriminellen und den behaupteten „Verschärfungen“ der Visa-Regelungen:

Obwohl bei diesen Problemen bei „Sicherheits“-Minister Schily die Hütte brennen müsste, versinket er in Untätigkeit. Wir fordern Minister Schily zum Handeln auf:

1. Die Erschleichung von Aufenthaltsgenehmigungen durch Schwangere mittels Scheinvaterschaften:

Wir fordern, dass Minister Schily eine Gesetzesänderung durchsetzt, wonach bei (solchen) Vaterschaftsanerkennungen ein Anfechtungsrecht für Träger öffentlicher Belange geschaffen wird. Die Skandale um Scheinvaterschaften sind seit Jahren bekannt und die Auswirkungen dieser Gesetzeslücken auf das Ausländerrecht verheerend.

2. Der Visa-Skandal: Wir fordern den definitiven Abschluss der Visumerteilung



Hartmut Koschyk

an terrorverdächtige Ausländer, eine nationale Einlader- und Warndatei aller Ausländerbehörden mit Recherchebefugnissen der Sicherheitsbehörden über den Einlader sowie die Übertragung der Fachaufsicht bei der Visaerteilung auf das Innenministerium. Weder der „Chrobog“-Erlass noch die beabsichtigte Einlader-Dat-ei erfüllen dies.

3. Entwicklungen bei islamistischem Terror verschlafen:

Spätestens seit den Anschlägen von Madrid ist bekannt, dass sich in Deutschland eine explosive Mischung aus Islamisten und Kriminellen zusammenbraut. Warum ist es Islamisten möglich, deutsche Gefängnisse als Rekrutierungspool zu nutzen? Warum hat Minister Schily nicht reagiert, als sein Rasterfahndungsmuster des unauffälligen jungen Mannes bei der aktuellen Suche nicht mehr

passte? Wo sind seine Reaktionen auf Geheimdienstwarnungen aus dem Nahen Osten, wonach in Deutschland unpolitische Kleinkriminelle und Arbeitslose für die islamistische Bewegung angeworben werden? Wo sind die Reaktionen auf Fatwas, die aus „Kriminellen ein williges Werkzeug der Drahtzieher des Terrors“ machen? Warum gibt es auf Bundesebene kein schlagkräftiges und umfassendes Projekt zur Aufklärung krimineller Strukturen, bei dem gezielt Spezialisten eingesetzt und mit weiteren Informationsträgern vernetzt werden? Das seit Oktober existierende Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum Schleusung (GAS) zwischen BGS und BKA reicht erkennbar nicht aus.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Fraktions-sprecher.

Mehr, besser – aber bezahlbar: Kinderbetreuung

Zur 2./3. Lesung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes:

Die Unionsfraktion tritt für eine qualitativ bessere Kinderbetreuung, für mehr Kinderbetreuungsplätze und für eine für Eltern bezahlbare Kinderbetreuung ein. Es ist

nicht zu bestreiten, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland zu wünschen übrig lässt. Die Rahmenbedingungen haben sich zwar verbessert durch den von der Union geschaffenen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und mehr Ganztagsplätze/-angebote in Kindergarten und Schule. Aber in den alten Bundesländern gibt es nach wie vor ein erhebliches Defizit an Betreuungsangeboten für die unter dreijährigen Kinder.

Mehr Betreuung alleine reicht jedoch nicht aus. Auch eine qualitative Verbesserung durch frühkindliche Bildung und Förderung sind unabdingbar. Vor allem die unionsregierten Länder haben Bildungspläne für die 0 bis 10-jährigen Kinder entwickelt. Denn es darf nicht sein, dass Kinder, die in den Kindergarten kommen, noch nicht mit Messer und Gabel essen können und Kinder, die in die Schule kommen, die deutsche Sprache nicht richtig beherrschen.

Deshalb sagt die Union ein klares Ja zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung. Jedoch ist die von Rot-Grün vorgesehene Finanzierung zu Lasten der Kommunen nicht hinnehmbar. Rheinland-Pfalz, Schleswig-Hol-



Maria Böhmer

stein, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin haben bereits die Elternbeiträge erhöht. In vielen Regionen melden Eltern ihre Kinder schon heute aus den Kindertagesstätten ab, weil sie die Beiträge nicht mehr bezahlen können.

Das zeigt: Trotz Verbesserungen – die ersten Verlierer werden die Eltern sein, weil die Träger die Kosten durch eine Erhöhung der Beiträge auf die Eltern abwälzen werden. Die zweiten Verlierer sind die Kinder, denen dadurch die Möglichkeit einer besseren frühkindlichen Förderung vorenthalten wird.

Aus diesen Gründen wird sich die Unionsfraktion bei der Abstimmung im Bundestag der Stimme enthalten.

Maria Böhmer ist stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Rechtzeitig zur kalten Jahreszeit – unsere beliebten Artikel im neuen CI!

Taschentücher „Gegen Rot-Grüne Nasen“

Bestell-Nummer: **9637**
 Preis je **144 Stück: 26,50 €**
 inkl. MwSt.: 30,74 €



Eiskratzer

Bestell-Nummer: **9890**
 Preis je **70 Stück: 45,00 €**
 inkl. MwSt.: 48,15



Jetzt wieder lieferbar!

Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nummer: **9070**
 Preis je **100 Stück: 29,00 €**
 inkl. MwSt.: 33,64 €



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

Ab jetzt zum Sonderpreis!



CDU Pavillon,

ohne Seitenteil, 3 x 3 m

Bestell-Nummer: **0924**

Preis je **Stück: 15,00 €**

inkl. MwSt.: 17,40 €



Seitenteil für CDU Pavillon

Bestell-Nummer: **0925**

Preis je **Stück: 5,00 €**

inkl. MwSt.: 5,80 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de